



**Peter Meiwald**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

### Umweltschützer und Menschenrechtsverteidiger schützen

Berlin, 14.07.2017

#### **Peter Meiwald MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Jakob-Kaiser-Haus  
Raum: 3.605  
Telefon: +49 30 227 - 78040  
Fax: +49 30 227- 76038  
Email : peter.meiwald@bundestag.de

#### **Wahlkreisbüro**

Friedensplatz 4  
26122 Oldenburg  
Telefon: 0441 / 361 694 03

#### **Kontakt Oldenburg:**

peter.meiwald.ma03@bundestag.de

#### **Kontakt Ammerland:**

peter.meiwald.ma04@bundestag.de

#### **Kontakt Ostfriesland/Emsland:**

peter.meiwald.ma06@bundestag.de

*Zum aktuellen Bericht der NGO „Global Witness“, demzufolge im Jahr 2016 mindestens 200 Umweltschützer weltweit ermordet wurden, erklärt **Peter Meiwald**, Sprecher für Umweltpolitik:*

Wir trauern um die 200 ermordeten Umweltschützer und Menschenrechtsverteidiger. Sie ließen im letzten Jahr ihr Leben, weil sie sich für unsere Umwelt, den Erhalt unserer Lebensgrundlagen, faire Bodenverteilung und den Schutz unserer Wälder und Arten eingesetzt haben. Der neuerliche Rekord, den die Organisation Global Witness bei diesen Morden in ihrem jüngsten Bericht dokumentiert, ist erschreckend. Er zeigt nicht nur eine Zunahme der durch Ausbeutungs- und Gewinnmaximierungsinteressen getriebenen Tötungen in den bereits bekannten Gefahrregionen Mittel- und Südamerika, sondern auch eine Ausweitung des Skandals in bisher unverdächtige Länder und Regionen. Die weltweite Zunahme von Despotenstaaten schlägt sich auch hier bitter nieder, aber gerade auch große, aufstrebende Demokratien wie Brasilien und Indien unternehmen viel zu wenig gegen diese Morde, und tragen durch ihre Art des Wirtschaftens zu einer Verschärfung der Situation für Umweltschützer bei.

Doch auch die klassischen Industriestaaten wie Deutschland können hier nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Sie unterstützen Investitionen, über nationale Unternehmen oder die Beteiligung an Entwicklungsbanken, die in den Problemländern lokale Konflikte und Verteilungskämpfe um Natur und Land anheizen. Hier müssen auch die westlichen Staaten sehr viel stärker den Schutz des Rechtsstaats vor die Rohstoffsicherung stellen. Sie müssen bewusst hinschauen, eigene investive Aktivitäten nachhaltig begleiten und lokale Umweltaktivisten schützen und verteidigen. Dass 40 Prozent der Opfer indigenen Ethnien angehören, die häufig schlicht den letzten Flecken ihrer Lebensumwelt schützen wollen, zeigt wie tragisch die aktuelle Entwicklung ist.